

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XX/70

Bonn, den 12. April 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
-----		-----
1	<u>Das Dilemma der CDU</u>	30
	Zur Wiederwahl von Strauß zum CSU-Vorsitzenden	
1a	<u>Mit dem Senat zufrieden</u>	42
	Hamburger CDU befürchtet einen politischen Erdrutsch	
2 - 3	<u>Notwendige Bemerkungen</u>	72
	Die Woche in Berlin und ihre Lehren	
	Von Kurt Mattick, Landesvorsitzender der SPD Berlin	
4 - 6	<u>Wohin steuert Frankreich ? (II und Schluß)</u>	155
	Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	

+ + +

Das Dilemma der CDU

Zur Wiederwahl von Strauß zum CSU-Vorsitzenden

ler - Die Wiederwahl von Franz Josef Strauß zum Vorsitzenden der CSU ist keine Überraschung; sie war nie ernsthaft in Frage gestellt. Der umstrittenste Mann in der deutschen Politik konnte sich auf seine Partei verlassen, obwohl Begeisterung und Zustimmung nicht angeteilt waren. Das schleichende Unbehagen innerhalb der CSU fand jedoch keinen offenen Ausdruck, seine innerparteilichen Gegner hielten sich zurück und schwiegen. Vor zwei Jahren fanden sich noch Männer, die ihre Bedenken nicht verbargen und mit bitteren Worten offen gegen Strauß opponierten. Das geschah vor dem Hintergrund der heute noch ungeklärten Spiegel-Affäre.

Für die CDU, der Schwesterpartei der CSU, ist die Wiederwahl von Strauß kein Anlaß zur reinen Freude. Je stärker dieser Mann wieder wird und seinen Einfluß durch die verschiedensten Kanäle geltend macht, um so geringer sind die Chancen der CDU, sich in den Bereichen nördlich des Mains zu behaupten. Sie kann sich seine Thesen nicht zu eigen machen; will sie nicht noch mehr Verwirrung unter ihre Anhängerenschaft bringen und die deutsche Position in Zwielicht bringen. Zwar feierte ihn auf dem CDU-Parteitag in Hannover der Geschäftsführende Vorsitzende der CDU, der vom Glück nicht gesegnete Herr Dufhues, als erfahrenen Wahlkämpfer, auf dessen Rat und Hilfe die CDU nicht verzichten wolle und könne, doch übersah er dabei, daß die Ausstrahlungskraft von Strauß bei den bayerischen Landtags- und Kommunalwahlen inzwischen stark gelitten hatte. Die CSU verlor in vielen Gemeinden und Städten dominierende Positionen, sie mußte das Feld der SPD überlassen - sogar kürzlich in Vilshofen, dem Ort der Aschermittwochrreden.

Franz Josef Strauß mag sich als Sieger fühlen, für die CDU aber bedeutet seine Wiederwahl eine Quelle neuer Schwierigkeiten und innerer Zerreißproben. War dies der Grund, der Bundeskanzler Erhard bewog, obwohl er sich in der Nähe befand, die Landesversammlung der CSU zu meiden?

Mit dem Senat zufrieden

Hamburger CDU befürchtet einen politischen Erdbeben

rf - In der Freien und Hansestadt Hamburg wird wie überall im Bundesgebiet zum 19. September 1965 ein neuer Bundestag gewählt. Die dann folgende Bürgerschaftswahl und die Wahl zu den Bezirksversammlungen wird aber dann nicht anschließend - wie früher - schon im November folgen. Aufgrund einer Gesetzesnovelle ist die laufende Wahlperiode in Hamburg um vier Monate verlängert worden, um die Wahltermine mehr auseinander zu rücken. Die nächste Bürgerschaftswahl in Hamburg wird also Ende März nächsten Jahres stattfinden.

Gegenwärtig sitzen in der Bürgerschaft Hamburgs 72 Mitglieder der SPD, 37 der CDU und 11 der FDP. Die SPD, die eine absolute Mehrheit besitzt, regiert aber in einer Koalition mit der FDP. Von beiden Seiten ist wiederholt versichert worden, daß man harmonisch und erfolgreich zum Wohle Hamburgs zusammenarbeitet.

Die moderne und erfolgreiche Arbeit zum Wohle der Hamburger ist gerade jetzt von der Bevölkerung der Hansestadt an der Elbe honoriert worden. Die Stadtregierung ließ vom Institut für angewandte Sozialwissenschaft in Bad Godesberg eine Repräsentativ-Befragung durchführen. Die Bevölkerung wurde gefragt, was sie vom Hamburger Senat halte und wen sie für den populärsten Mann der Hansestadt ansehe.

Das Befragungsergebnis war praktisch ein Vertrauensvotum für den sozialdemokratischen Ersten Bürgermeister Dr. Paul Nevermann und für den zweiten Bürgermeister Edgar Engelhardt (FDP). Von hundert Hamburgern wußten nämlich 96, daß Nevermann ihr Erster Bürgermeister ist, und 81 Prozent gaben an, Engelhardt sei der zweite Bürgermeister. Demgegenüber muß es für die CDU geradezu niederschmetternd sein, daß nur jeder zehnte Hamburger wußte, der Oppositionsführer in der Bürgerschaft heißt Witten.

Es ist also schon jetzt ersichtlich, daß SPD und FDP in Hamburg mit guten Voraussetzungen in die bevorstehenden Bundestagswahlen gehen, während man sich bei der CDU besorgt fragt, ob es denn nun für sie noch einen weiteren Erdbeben nach unten geben soll. Die Sorge um den Erdbeben bei der CDU wird deutlich, wenn man sich in der Skala ferner die Sympathien für die politischen Parteien ansieht. Die SPD rangiert mit plus 2,9 Punkten, während die kleine FDP gerade eben mit plus 0,3 Punkten noch gut wegkommt. Die große Oppositionspartei CDU hat aber nur 1,4 Plus-Punkte zusammengebracht.

Die Frage: "Was halten Sie vom Hamburger Senat?" ergab: Zwei Drittel aller Hamburger meinen, der Koalitionssenat aus SPD und FDP ist für die Hansestadt Hamburg eine gute Lösung. Erstaunlich dabei, daß die Hälfte der CDU-Anhänger auch dieser Meinung waren. Nur elf Prozent der Hamburger meinten, eine andere Senatskoalition wäre besser.

Notwendige Bemerkungen

Die Woche in Berlin und ihre Lehren

Von Kurt Mattick,

Landesvorsitzender der SPD Berlin

Wir sind überzeugt, nach wie vor im Namen aller Berliner zu sprechen, wenn wir sagen: Die Einbeziehung des Landes Berlin in die Bundesrepublik ist die Voraussetzung unseres freiheitlichen Lebens, und niemand ist bereit, sie aufzugeben.

Daraus folgert, daß auch niemand bereit ist, die Beziehungen zwischen Berlin und dem übrigen Bundesgebiet durch Stillstand allmählich eintrocknen zu lassen. Damit wird auch niemand - mit Ausnahme einiger publizistischer "Realpolitiker" - auf den Gedanken kommen, daß der Bundestag lieber in Form bleiben sollte, um die Sowjets nicht zu reizen. Der normale Berliner weiß, daß die Sowjetunion dann sehr bald andere Beziehungen Berlins zur Bundesrepublik anknabbert und eine Kettenreaktion unvermeidbar ist, bei der am Ende die Trennung unseres Landes von der Bundesrepublik als Ergebnis stehen könnte.

Wenn man davon ausgeht, muß man heute unseren befreundeten Schutzmächten sagen, daß sie in diesen Tagen das absolute Treueverhältnis zwischen Berlin und sich, das älter als die Bundesrepublik ist, auf eine unnötig harte Probe stellen.

Vorausgesetzt, daß es die Sowjetunion auch nicht zu einer Explosion kommen lassen will, wäre es den USA ganz sicher möglich gewesen, durch energische Schritte in Moskau dem Wildost-Treiben ein Ende zu machen. Unter fristgemäßer Ankündigung von Gegenmaßnahmen hätte das Gewicht der USA eingesetzt werden sollen, daß die Sowjetunion noch ihr Gesicht hätte wahren können. Aber die Dinge laufen zu lassen, bleibt auf alle Fälle unverständlich. Es lockt geradezu heraus, solche Repressalien gegen unschuldige Menschen öfter zu wiederholen. Am Ende stünde dann eine neue Erpressung!

Unverständlich bleibt, daß die Bundesregierung die Schutzmächte nicht vorher konsultiert hat, denn nachdem die Drohungen aus Pankow massive Formen angenommen hatten, blieb doch nur die Repressalie im Interzonenverkehr.

Daß man in den vergangenen Jahren den Interzonenhandel selbst als politisches Instrument verschenkt hat, ist der Bundesregierung ganz sicher auch zu spät klargeworden - wie so manches andere.

Ulbricht hat in diesen Tagen wieder gezeigt, daß sein Regime nichts,

aber auch gar nichts, mit einem souveränen System zu tun hat. Die Repressalie am kleinen Mann, an Kindern und alten Menschen ist die Rache des Beschränkten.

Daß die Sowjetunion diesmal mit von der Partie ist, läßt erkennen, daß die neuen Herren im Kreml in der Deutschlandpolitik einem Rückfall unterliegen. Sicher kommt im ganzen von Breschnew bis Ulbricht auch eine Enttäuschung zum Ausdruck, daß trotz Rentnerbesuchen und Passierscheinen die Berliner fest auf dem Boden des Freiheitskampfes beharren.

Aber nun zu uns selbst. Die führenden Kräfte der CDU haben in Berlin ein schändliches Schauspiel geliefert. Der Bundestagspräsident hatte offenbar abgesprochen, daß hier in Berlin keine Deutschland-Debatte stattfindet. Das wußte auch Herr Rasner. Daher verkündete er voreilig, der Regierende Bürgermeister werde vor dem Plenum sprechen. Dem Bundestagspräsidenten verkündete er jedoch, wenn der Regierende Bürgermeister vor dem Plenum spricht, besteht die CDU auf einer Debatte. So wurde der Bundestagspräsident von seiner eigenen Fraktion erpreßt, und Willy Brandt nahm Rücksicht auf seine Stadt.

Hier wurde erneut bewiesen, daß die Deutschland-Initiative der CDU vor allen Dingen Wahlkampf ist und daß die führenden Männer der CDU die gemeinsamen nationalen Belange aus ihrer Furcht vor der Wahlniederlage beiseite schieben.

Das wäre keine Sternstunde geworden, aber eine Demonstration des Zusammenstehens hätte uns Deutschen mehr Berechtigung gegeben, auch von unseren Schutzmächten mehr Gemeinsamkeit zu erwarten.

Die Deutschland-Politik sollte sich in der nächsten Runde ganz besonders auf den freien Zugang nach Berlin konzentrieren. Nachdem die Mauer gezogen wurde, und somit die Menschen aus dem sowjetischen Bereich nicht mehr in den freien Teil unserer Stadt kommen, gibt es überhaupt keine Berechtigung mehr, den Verkehr zwischen Westdeutschland und Berlin unter die bisherigen Kontrollen zu stellen. An dem freien Zugang nach Berlin muß die sowjetische Bereitschaft zum friedlichen Status quo geprüft werden. Das Land Berlin hat 2,3 Millionen Einwohner, die sich vor 20 Jahren für eine freiheitliche Ordnung entschieden haben. Der ständige Versuch der Sowjets von Moskau bis Fankow, dieses Berlin unter kommunistische Kontrolle zu bringen, ist der übelste Imperialismus, den es in der europäischen Politik zur Zeit gibt. Der freie Zugang nach Berlin unter internationaler Kontrolle ist Voraussetzung, daß Berlin nicht ein zusätzlicher "Brennpunkt" der Weltpolitik wird.

Wohin steuert Frankreich ? (II und Schluß)

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Schouer

Um das Rad dennoch herumzureissen, versuchte es der Gaullismus mit einer Wahlreform, die für französische Verhältnisse eine ausgesprochene Zwangsjacke bedeutet und den Willen der Wählerschaft einigermassen fälscht: für die Parlamentswahlen und dann auch für die Gemeindewahlen wurde das Verhältniswahlrecht in allen Parlamentswahlkreisen und in den Städten mit über 30 000 Einwohnern **a b g e s c h a f f t**.

Das klar ausgesprochene Ziel dieser Reform war die Vernichtung der "überflüssigen" und "kleinen" demokratischen Links- und Mittelparteien, sowie die "Herausbearbeitung" eines Zweiparteiensystems, worunter man aber in Frankreich leider nicht, wie in anderen westeuropäischen Ländern, Konservative und Sozialdemokraten zu verstehen hat, sondern - Gaullisten und Kommunisten.

Laut gaullistischem Rezept sollten sich die Rechtsparteien einfach mit der UFR zusammenschliessen, die demokratischen Links- und Mittelparteien aber entscheiden: kommunistische Volksfront oder Gaullisten.

Der ausländische Beobachter staunt über die Unverfrorenheit, mit welcher ein derartiges System von massgebender Seite angestrebt wurde und wird. Selbstverständlich hofften die gaullistischen Wahlreformer, die schwankenden Mittelgruppen würden sich nunmehr aus Angst vor einer kommunistischen Gefahr automatisch dem Gaullismus zuwenden. Zugleich kommt aber von gaullistischer Seite immer wieder die Überlegung, dass die kommunistische Partei Frankreichs derzeit im Hinblick auf die französisch-sowjetische Annäherung gar keine Gefahr darstelle.

Nun haben die Gemeindewahlen gezeigt, dass die gaullistische Wahlreform zwecklos war bzw. sich als Bumerang auswirkte: die links- und Mittelparteien gehen ungebrochen und sogar gestärkt aus den Wahlen hervor, allerdings konnten auch die Kommunisten ihre Positionen stärken.

Gaullisten und Kommunisten

Man muss hier das Verhältnis zwischen Gaullismus und Kommunismus ein wenig unter die Lupe nehmen, um es in seiner ganzen Hintergründigkeit und Tragweite zu begreifen.

An einem antikommunistischen Komplex hat de Gaulle **n i e** gelitten. Im Gegenteil, er betrachtete die Kommunisten fast immer als nützliche Verbündete, nicht nur in der Aussenpolitik, sondern auch in der Innenpolitik. Noch vor Kriegsende amnestierte er den KP-Chef Maurice Thorez, der als Deserteur von der 3. Republik 1959 verurteilt worden war. De Gaulle holte Thorez aus Moskau, machte ihn zum Staatsminister und damit die KPF zum erstenmal zu einer staaterhaltenden Partei in Frankreich! Als Thorez im vorigen Jahr starb, sandte de Gaulle dem Sohn ein politisch betontes Beileidsschreiben.

Nur in einer relativ kurzen Periode des Kalten Krieges verdammte de Gaulle den "Separatismus" der KPF. Zugleich aber liefen Kommunisten und Gaullisten gemeinsam Sturm gegen die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, gegen den Atlantikpakt, mit einem Wort gegen die gesamte Innen- und Aussenpolitik der 4. Republik.

So ist es wahrhaftig kein Zufall, dass die KPF 1958 de Gaulles Macht-

Übernahme tolerierte und seither dem gaullistischen Regime gegenüber eine Haltung einnimmt, die gemässiger ist als beispielsweise die Stellungen der SFIO, der Radikalen, der Widerstandsdemokraten und selbst der MRP (Christdemokraten). Dass hierfür aussenpolitische Gründe massgebend sind, versteht sich von selbst. Die KPF ist nach wie vor die moskauhörigste von allen kommunistischen Parteien Westeuropas. Die Wünsche der sowjetischen Diplomatie sind ihr Befehl.

De Gaulle weiss es und trägt dem Rechnung. Daher der kühne Plan, den demokratischen Links- und Mittelparteien den Garaus zu machen und zugleich die KPF zu fördern, die eben aus aussenpolitischen Gründen bereit ist, auch einen Grössteil der gaullistischen Sozial- und Wirtschaftspolitik hinzunehmen. In den Streikkämpfen der letzten Jahre sah man immer wieder, dass die sozialistisch orientierten, die christlichen und die unabhängigen Gewerkschaften in der Vertretung der Arbeitnehmerinteressen unterschiedener waren, als die relativ starke, kommunistisch gelenkte CGT.

Zielscheibe SFIO und Mittelparteien

Alle Warnungen der Links- und Mittelparteien aber auch der konservativen Rechtsunabhängigen wurden von den Gaullisten in den Wind geschlagen. Ein Blick in das gaullistische Zentralorgan "La Nation" während der Gemeindevahlpropaganda zeigt eine Fülle von scharf polemischen Angriffen gegen die Sozialdemokraten und gegen die Mittelparteien, insbesondere gegen die christlich-demokratische MRP und gegen die Konservativen, aber fast niemals gegen die KPF. All das begleitet von blutigem Hohn über die "antikommunistischen Komplexe" des französischen Bürgertums. Mit dem Unterton: Wir Gaullisten fürchten uns vor den Kommunisten nicht. Sollen sie doch ruhig noch grösseren Einfluss gewinnen und einige Stadtverwaltungen übernehmen, wir sind bereit, uns mit ihnen zu messen. Für uns Gaullisten sind nur die Kommunisten ebenbürtige Gegner. Die alten parlamentarischen Parteien gehören der Vergangenheit an.

Gute Beziehungen mit den Auftraggebern der KPF

Kein Zweifel, die Gaullisten sprachen aus echter Überzeugung. Sie glaubten wirklich und glauben auch noch jetzt zum Teil, dass die Tage der demokratischen Links- und Mittelparteien gezählt sind und dass der französische Kommunismus keine wirkliche Gefahr darstellt.

Zugleich aber wird sozusagen für den kleinen Mann das Gespenst des Kommunismus an die Wand gemalt. Die gaullistischen Manager selbst glauben nicht daran. Sie haben beste Beziehungen mit Moskau und Peking und auf direktem oder indirektem Wege auch mit der KPF. Sie wissen, dass die KPF ein schwerfälliger bürokratischer Apparat ist, seit langer Zeit revolutionären Experimenten abhold, ein verlängerter Arm der Sowjetregierung, mit der man sich immer besser versteht.

Gefährliches Doppelspiel

Der Durchschnittsfranzose hat dieses Doppelspiel nun durchschaut. Er versteht nicht, warum er jetzt auf einmal "Angst" vor den Kommunisten haben soll, er begreift nicht, wieso der Gaullismus plötzlich "Bollwerk" gegen den Kommunismus sein will, den er doch seit Jahren aussenpolitisch und innenpolitisch begünstigt. Wie wenig überzeugend die "antikommunistischen" Argumente von den Gaullisten vorgetragen wurden und wie wenig sie wirkten, bewiesen alle Wahlen der letzten Jahre.

Jedenfalls tragen die anderen Parteien für diese Entwicklung keine grössere Verantwortung als die gaullistische Regierungspartei mit ihrer

Sozialpolitik, ihrer Wirtschaftspolitik und ihrer Aussenpolitik. Vor allem aber mit ihrer Wahlreform, mit welcher sie den Kommunisten Städte zuschanzte; die normalerweise mit dem Verhältniswahlrecht durchaus keine kommunistischen Stadtverwaltungen hätten!

Ausserdem stand es den Gaullisten frei, selbst mit dem neuen Wahlrecht kommunistische Erfolge an verschiedenen Orten zu unterbinden: es genügte, sich einfach mit den Mittelparteien oder mit den rechtsunabhängiger Konservativen auf eine Liste zu einigen. Die Gaullisten lehnten das sehr oft ab, ebenso auch die anderen Parteien. Man kann daraus schliessen, daß die einen wie die anderen an eine kommunistische Gefahr in Frankreich nicht glauben.

Gibt es wirklich keine kommunistische Gefahr in Frankreich?

Tatsächlich glauben die meisten Franzosen heute nicht an eine kommunistische Gefahr in ihrem Land. Viele Franzosen wählen kommunistisch nur aus Protest gegen das Regime. So stimmten beispielsweise in Paris im zweiten Wahlgang nachweisbar nicht nur Wähler der Links- und Mittelparteien, sondern auch rechtsradikale Wähler für kommunistische Kandidaten. Gelegentlich vorgebrachte Warnungen der einen oder anderen Partei vor einer kommunistischen Gefahr klingen nicht überzeugend, am wenigsten aber im Mund der gaullistischen UNR, die ihre Pfeile nicht gegen die Kommunisten, sondern fast ausschliesslich gegen die Mittelparteien verschießt.

Ein Teil der SFIO - wohlgemerkt nur ein Teil - glaubte, die demokratischen Links- und Mittelparteien könnten in Frankreich im Kampf gegen die gaullistische Diktaturgefahr in bestimmten Situationen und in zeitlich und örtlich beschränktem Rahmen gemeinsame Sache mit der KPF machen. Ein anderer Teil der SFIO, insbesondere de Gaulles Gegenspieler für die Präsidentenwahl, Gaston Defferre, war von Anfang an entgegengesetzter Meinung. Die taktischen Differenzen innerhalb der SFIO erklären sich aus verschiedenen lokalen Situationen. In Marseille regiert Gaston Defferre als Bürgermeister seit 12 Jahren mit Unterstützung der Mittelparteien. In Paris und Umgebung sind die Kommunisten seit Kriegsende so stark geworden, dass sich nach der gaullistischen "Wahlreform" eine Art "Volksfront" fast zwangsläufig ergab, wenn man nicht überhaupt auf jede Kandidatur verzichten und alle Schlüsselpositionen den Gaullisten oder Kommunisten überlassen wollte. Letzten Endes hat sich aber Defferres "Linie" im grössten Teil Frankreichs durchgesetzt. So wurde auch der Generalsekretär der SFIO, Guy Mollet, in Arras mit Unterstützung der Mittelparteien gegen Gaullisten und Kommunisten wiedergewählt. Die Kluft zwischen SFIO und KPF ist damit tiefer geworden.

Mit anderen Worten, die demokratischen Links- und Mittelparteien glauben, im Gegensatz zu den Gaullisten, an eine gewisse kommunistische Gefahr in der kommenden Zeit. Sie wollen nicht zu Gefangenen der kommunistischen Partei werden. Sie wollen ein Bollwerk gegen j e d e n Extremismus bleiben. Daher die kommunistische Hasskampagne gegen Gaston Defferre. Die KPF wird in den Präsidentenwahlen dieses Jahres voraussichtlich einen eigenen Kandidaten aufstellen, um auf diese Weise den Kandidaten der demokratischen Opposition zu torpedieren, also wieder eine offene kommunistische Unterstützung für General de Gaulle.

Defferres Kandidatur

Defferre ist also heute im ganzen Land ebenso wie in Marseille ausschliesslich auf die demokratischen Links- und Mittelparteien angewiesen, von den Sozialisten und Radikalen über die Christdemokraten bis zu den Konservativen. Es wird unter diesen Umständen nicht leicht sein, Gas Rouen gegen Kommunisten und Gaullisten zu gewinnen, solange der General an der Macht ist. Für die nächste Zeit aber ist es wichtig, dass der Kandidat der demokratischen Opposition von vornherein nicht Geisol der KPF wird, die heute den meisten Franzosen ungefährlich erscheint, morgen aber zur Gefahr werden kann.

+ + +